

# Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden  
Nr. 1208, Raben & Comp.

Organ für das werktätige Volk

Verleger: E. Köhler, Dresden, Hauptstr. 10. Drucker: E. Köhler, Dresden, Hauptstr. 10.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Änderungen hinsichtlich des An, ist es durch oder ohne Einschickung des Originals, bei der Verleger der Dresdner Volkszeitung beim Anbruch auf Rückmeldung des Bestellers über auf Nachlieferung der Zeitung

Preis: 10 Pf. monatlich, 1 Mark vierteljährlich, 3 Mark halbjährlich, 6 Mark jährlich, 10 Mark für ein Jahr, 20 Mark für zwei Jahre, 30 Mark für drei Jahre, 40 Mark für vier Jahre, 50 Mark für fünf Jahre, 60 Mark für sechs Jahre, 70 Mark für sieben Jahre, 80 Mark für acht Jahre, 90 Mark für neun Jahre, 100 Mark für zehn Jahre.

Schriftleitung: Mittwochs 10. Fernsprecher Nr. 25 261. Geschäftsstelle: Mittwochs 10. Fernsprecher Nr. 25 261 u. 12 707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachmittags. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Abonnement: Die 80 mm breite Monatszeitschrift 35 Pf., die 90 mm breite Wochenzeitschrift 7 Pf., für ausländische 40 Pf. u. 5.00 Mk., abgesehen von den Post- und Transportkosten. Einzelhefte 10 Pf. netto. Für Briefmarken 10 Pf. Einzelheft 10 Pf.

Nr. 3

Dresden, Mittwoch, den 4. Januar 1933

44. Jahrgang

## Der Reichstag soll sprechen!

### Die Zauderpolitik der Hitler-Partei

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Das Rätselraten über den Termin des Zusammentritts des Reichstags wird am Mittwoch beendet sein. Um 4 Uhr findet eine Sitzung des Kabinetts statt, die über den Wiederbeginn der parlamentarischen Arbeiten zu entscheiden hat.

Die Sozialdemokraten werden sich für die möglichst baldige Einberufung — also etwa Anfang nächster Woche — einsetzen und die Kommunisten werden zweifellos dieselbe Absicht verfolgen. Aber alles hängt nach wie vor von den Nationalsozialisten ab. Werden sie endlich bereit sein, im Plenum Farbe zu bekennen oder werden sie ihre Verschleppungsmanöver fortsetzen? Viel länger als eine Woche werden freilich auch sie die Sache nicht hinauschieben können. Ihre Absicht, sich um eine Entscheidung zu drücken, würde sonst allzu offensichtlich werden.

Die Reichsregierung wird sich, wie es heißt, im nächsten Rat mit jedem Zeitpunkt einverstanden erklären und darüber hinaus den Wunsch nach baldiger Klarheit über die Stellung der Parteien zum Kabinett Schleichers zum Ausdruck bringen. Es scheint also, daß sich der Reichskanzler von weiteren Verhandlungen mit der Hitler-Partei, von denen hier und da in der Presse die Rede war, nichts mehr verspricht. Sie soll im Reichstag sagen, was sie will.

In ihren Zeitungen und in der Neujahrskommunikation ihres

Führers hat sie schon gesagt: Sie will alles oder nichts; die ganze Macht oder Opposition. Wenn trotzdem noch Zweifel an ihrer parlamentarischen Haltung vorhanden sind, so hängt das zum Teil mit ihrer bisherigen Zauderpolitik zusammen, zum Teil auch mit den unjüngeren, unübergründeten Gerüchten von einer bevorstehenden Ernennung Schleichers zum Reichkanzler.

Wie und wann die Herren nun zu einem endgültigen Beschluß gelangen, ist ihre Sache. Die Sozialdemokratie wird jedenfalls an ihrem Mißtrauensantrag festhalten. Seine Einbringung war selbstverständlich in dem Augenblick, als Schleichers die Regierung übernahm, und was im Reich und in Preußen geschehen und vorbereitet worden ist, beweist alles nur, daß sich die Regierung Schleichers von der seines Vorgängers vielleicht hin und wieder in der Tonart, aber durchaus nicht in ihrem Charakter und ihrer Tendenz unterscheidet!

#### Die Nazis für Verzögerung

Berlin, 4. Januar. (Fig. Funk.) Wann wird der Reichstag zusammengetreten? Wenn es nach dem Willen der Nationalsozialisten geht, dann nicht erst auf Dienstag, den 17. Januar, einberufen, weil am 15. Januar Landtagswahlen im Freistaat Württemberg stattfinden. Allem Anschein nach glaubt Hitler, bei diesen Wahlen wieder etwas besser abzufahren. Wenn er sich nur nicht täuscht!

### Belgrad-Paris

Von Hermann Wendel

Frankreich ist eine Demokratie. Der Volkswille ist dort, soweit es sich mit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung überhaupt verträglich, die Quelle aller politischen Macht. Seit Jahrzehnten stellt die parlamentarische Republik die weber im Frieden noch im Krieg erschütterte Staatsform dar. Aber wenn Gambetta einmal sagte, der Antifleralismus sei kein Exportartikel, gilt das auch für das demokratische Glaubensbekenntnis. Es ist schon sehr lange her und dauerte auch nur eine kurze Weile, daß der Krieg, durch den sich die Große Revolution des Anstürms des feudal-absolutistischen Europas erweichte, als Propagandakrieg geführt wurde, der die Grundsätze der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit auf den Gipfen der Bajonette zu den von ihren einheimischen Tyrannen unterdrückten Völkern trugen sollte, und unter der dritten Republik jedenfalls sah die Politik des Quai d'Orsay weit mehr darauf, daß die Bundesgenossen, deren man sich versicherte, militärisch Mutz in den Knochen hatten, als daß sie über eine demokratische Inneneinrichtung verfügten. Das am meisten zum Himmel schreiende Beispiel vor 1914 war die Freundschaft Frankreichs mit dem Jarrismus. Mit Milliardenanleihen pumpte die Republik diesem von Blut und Schmutz tiefenden, barbarischen Despotismus immer wieder frische Lebenskraft ein — fruchtlos erhoben ließ auf neue die Sozialisten, am unerbittlichsten und leidenschaftlichsten Jaurès selber, vor dem Lande ihre empörte Stimme gegen diese Schmach.

In dieser Hinsicht hat sich im Nachkriegs-Frankreich nicht gerade viel geändert. Daß in den Staaten des europäischen Ostens und Südostens, die der französischen Politik als Pfanddeckung dienen, von der Tschscholowski abgesehen, alles andere zu Hause ist als die reine Demokratie, daß in Polen und Jugoslawien sogar eine handfeste Diktatur ohne Scham und Scheu wütet, hat den maßgebenden Herren am Quai d'Orsay noch keine Viertelstunde den Schlummer geraubt. Soweit es Jugoslawien angeht, brachte der in Paris als Emigrant lebende frühere Minister Stojanowitsch in einem Vortrag, den er unlängst vor den Mitgliedern des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten hielt, den Franzosen diese blamable Lattache mit aller Deutlichkeit zu Bewußtsein. Was dieser Politiker, der sein Leben lang ein hingebender Vorkämpfer der jugoslawischen Idee war und als einer der wesentlichen Gründer des jugoslawischen Staates gelten darf, über die Lage in seinem unglücklichen Vaterlande zu sagen, zu klagen hatte, wird hoffentlich manchen der gespannt lauschenden Abgeordneten für längere Zeit mit Stoff zum Nachdenken versorgt haben.

Vielleicht mag es etwas mißtraulich, wenn Stojanowitsch den Zustand, wie er heute herrscht, als Segemonie der Serben aus dem früheren Königreich Serbien über die anderen Teile des Volkes brandmarkt. Denn in Wahrheit handelt es sich um die dürrig verlarbte Diktatur eines ganz winzigen Bruchteils, einer aus der Dynastie, ein paar Generälen und Bürokraten bestehenden „bauchhünnen Schicht“ dieser Serben, denen sich Ueberläufer aus dem kroatischen und slowenischen Lager angeschlossen haben, über die breiten Massen, über mehr als 90 Proz. des Volkes, ganz gleich, ob sich diese Serben, Kroaten oder Slowenen oder wie immer nennen. Wie die oktrozierte Verfassung vom 3. September 1931 ein Blendwerk war, so stellte die Wahl vor einem Jahr eine Farce dar, ist die Stupschina eine Komödie; es gibt nur eine einzige Partei, die der Regierung; die Presse darf nur Lobgedänge auf das Regime anstimmen; jeder kulturellen, humanitären, ökonomischen und ähnlichen Gesellschaft wird die Pistole auf die Brust gesetzt, damit sie ihre Tagung mit einem byzantinischen Ergebnisbericht telegraphisch an den Selbstherrscher Alexander Karadjordjevič beginnt, der nicht umsonst seine Erziehung im Pagenkorps des zaristischen Rußlands genossen hat. Die Folgen eines solchen Despotismus? Wirtschaftlich: Verfall auf der ganzen Linie; politisch: absolute Knechtung eines Volkes mit demokratischen Ur- und Grundtrieben; national: gegenwärtige Entfremdung von Serben und Kroaten, die nie in ihrer Geschichte durch einen solchen Abgrund getrennt waren. Aber eine Folge ist auch die Ausbreitung des republikanischen Gedankens, was schon im November zwischen den Zeilen der sogenannten „Agamer Funktion“ zu lesen war, auf die sich

## Kavalierkrach um Gut Neudorf

Oldenburg-Januschau will sich mit Ludendorff schießen

Die Kreuzzeitung veröffentlicht einen langen und sehr aufgeregten Brief des Herrn von Oldenburg-Januschau an den General Ludendorff. Er betrifft die Vorgänge, die sich an den Erwerb des Gutes Neudorf für die Familie von Hindenburg knüpften und die Ereignisse, die sich im Zusammenhang damit nachher abgespielt haben. Ludendorff hatte in den letzten Nummern seiner Volkswarte unter anderem folgendes ausgeführt:

Dem Reichspräsidenten von Hindenburg sei zum 30. Geburtstag der alte Familienbesitz Gut und Schloss Neudorf geschenkt worden. In diesem Zweck habe man bei der Hochfinanz gesammelt. Das Geschenk sei aber gar nicht vom Reichspräsidenten, sondern von seinem Sohn, dem Obersten von Hindenburg, angenommen worden, der infolgedessen nach dem Tode seines Vaters keine Erbschaftsteuer zu bezahlen hätte. Die Eintragung selbst sei allerdings mit Zustimmung des Reichspräsidenten erfolgt. Der Oberst von Hindenburg habe aber auch keine Schenkungssteuer bezahlt. Führer des ganzen Unternehmens sei Herr von Oldenburg-Januschau gewesen, der später bei der Zuteilung von Geldern aus der Liste außerordentlich begünstigt worden sei.

Rum hätten aber die Sammlungen nicht dazu gereicht, das Gut der Familie Hindenburg unverschuldet übergeben zu können, vielmehr lägen noch 450 000 M. Schulden auf ihm, die jetzt gleichfalls durch Sammlungen aufgebracht werden sollen. Zum Beweis dafür druckte Ludendorff einen Brief ab, den der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskongresses, Dr. Bernbach, an verschiedene zahlungsfähige Persönlichkeiten gerichtet hat. In diesem Brief wird gesagt, daß noch eine Schuldsomme von 450 000 M. fehle, die von einer entsprechenden Zahl von Persönlichkeiten zu betragen von je 500 M. aufgebracht werden sollte. Die Beträge seien an die Dresdner Bank in Berlin unter Hindenburg-Dank zu überweisen.

Zu diesen Darlegungen Ludendorffs nimmt nun Oldenburg-Januschau in seinem offenen Brief an Ludendorff Stellung. Das geschieht, wie schon gesagt, in sehr aufgeregter Weise und mit zahlreichen persönlichen Ausfällen gegen Ludendorff. In der Sache selbst gibt Oldenburg-Januschau zu, daß der Besitz auf den Sohn des Reichspräsidenten übergeschrieben sei unter Vorbehalt des Nießbrauchs für den Reichspräsidenten selbst. Er bestreitet auch nicht, daß für diese Schenkung keine Steuern gezahlt worden sind.

Mit desto größerer Festigkeit wehrt er sich gegen den ihm persönlich treffenden Vorwurf, daß er als Gegenleistung für seine Tätigkeit in der Neudorfer Stiftung bei seiner eigenen Umschuldung besonders bevorzugt worden sei. Er

persönlich habe nur von den Rechten Gebrauch gemacht, die jedem Landwirt zustünden. Zum Schluß droht er mit der „Kavalierschere“, mit dem Duell.

Man stelle sich vor, diese ganze Angelegenheit hätte nicht vor fünf, sondern vor acht oder neun Jahren zu spielen begonnen und der Reichspräsident, um den es sich handelt, wäre nicht Paul von Hindenburg, sondern Friedrich Ebert gewesen — und dann stelle man sich vor, wie diese Angelegenheit in der Presse der „nationalen Rechten“ behandelt worden wäre! Welch ein Korruptionsgeschrei hätte das gegeben!

#### Die Hanfsstädte warnen

D. Berlin, 4. Januar. (Fig. Funk.) Die Hanfsstädte und ihre Handelskammern haben zum Schutz des deutschen Außenhandels bei der Reichsregierung einen neuen Schritt unternommen. Sie weisen den Kanzler auf die Gefahren hin, die sich für den deutschen Außenhandel aus dem fast gleichzeitigen Ablauf und der Kündigung einer Reihe wichtiger Handelsverträge in der nächsten Zeit ergeben. Sie ersuchen die Regierung, die geplanten handelspolitischen Maßnahmen mit den Senatvertretern der Hanfsstädte und den Handelskammern durchzusprechen.

#### Standgerichte in Warschau

O. Warschau, 4. Januar. (Fig. Funk.) Durch Verordnung der Warschauer Garnisonleitung sind militärische Standgerichte im gesamten Warschauer Bezirk eingeführt worden. Danach werden Vergehen von Militärpersonen, wie Ueberfall auf Vorgesetzte, hochverräterische und unehrerliche Tätigkeit, Spionage usw., sofort handgreiflich mit dem Tode durch Erschießen bestraft. Diese Maßnahmen haben großes Aufsehen erregt, da sie auf die Zustände im polnischen Heere ein großes Licht werfen. Man bestreitet auf keinen Fall die schnelle Annäherung der radikalen Tendenzen unter den Soldaten, hervorgerufen durch das aufregende Waffenspiel dieser proletarischen oder halbproletarischen Massenangehörigen.